

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

5.9.1928 (No. 207)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Postfach Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Dr. C. H. Seyfried, Karlsruhe

Wagnispreis: Monatlich 2.25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, Anzeigeneinstellung, und Anzeigeneinstellung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unentgeltliche Druckarbeiten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Rheinlandbesprechungen in Genf

Heute Besprechung Müller-Briand

Genf, Mittwoch nachmittag soll in Genf eine Unterredung zwischen Hermann Müller und Briand über das Problem der Rheinlanddrückung stattfinden. Es wird sich nur um eine erste persönliche Fühlungnahme der beiden Staatsmänner in einer höchst schwierigen Frage handeln. Die deutsche Öffentlichkeit wird von ihr somit keinerlei sensationellen Ergebnisse erwarten dürfen. Dem Pariser „Eclair“ wird aus Genf berichtet, daß nach der Unterredung Briand-Müller eine Zusammenkunft der Delegierten der Mächte, die an der Rheinlandbesetzung teilnehmen, und des deutschen Delegierten stattfinden werde. Es könne sogar möglich sein, daß alle Mächte, die in der Völkervereinigung vertreten sind, aufgefordert werden, an dieser Unterredung teilzunehmen.

M. Berlin, 5. Sept. (Priv.-Tel.) Im „Pariser Matin“ erklärt Saerweim — und das scheint für die Aussichten in Genf von entscheidender Bedeutung zu sein —, daß den deutschen Botschaftern bei ihren ersten Sondierungen in der Rheinlandsfrage Anfang August sowohl in London wie in Paris und Brüssel erklärt worden sei, man betrachte Genf als diesmal sehr ungeeignet für derartige Verhandlungen, da man die amerikanischen Wahlen und ihre Folgen für den Dawesplan und die interalliierten Schulden abwarten müsse. Trifft diese Nachricht zu, dann würde man also auch in England auf dem Standpunkt der Verquickung der Räumungsfrage mit der Reparations- und Schuldenfrage.

Besprechungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel
Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der bereits Montag abend eine Unterredung mit Briand hatte, hat Dienstag vormittag seine Besprechungen fortgesetzt und den tschechoslowakischen Außenminister Benesch, das italienische Staatsmitglied Scialoja und den jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch besucht.
Die Unterredung zwischen Briand und Seipel gibt dem Pariser „Temps“ willkommenen Anlaß, seine Kampagne gegen den Anschluß wieder aufzunehmen und zu betonen, daß Frankreich im Anschluß eine Gefahr für den europäischen Frieden sehe. Berting berichtet dem „Daily Telegraph“ aus Genf, Bundeskanzler Seipel habe im Laufe der Besprechungen mit dem französischen und dem italienischen Vertreter versucht, die in Frankreich und Italien wegen der Haltung der österreichischen Regierung gegenüber dem Anschlußproblem gehegten Befürchtungen zu zerstreuen. Außerdem habe Seipel Scialoja mitgeteilt, daß er nicht beabsichtige, in das Wirken des italienischen Regimes in Sidrol einzugreifen.

M. Berlin, 5. Sept. (Priv.-Tel.) In der ausländischen Presse sind Gerüchte über die Unterredungen zwischen Briand und Seipel verbreitet worden, denen man mit Mißtrauen gegenübersehen muß, weil beiderseitig Stillschweigen vereinbart worden ist. Es handelt sich um angebliche Bemerkungen Seipels gegen den Anschluß. Da der Reichskanzler heute mit ihm in Genf eine Unterredung haben wird, ist wohl anzunehmen, daß ein entsprechendes Dementi erfolgt.

Das neue Weingesetz. Im Reichsministerium des Innern ist, wie die „R. Ztg.“ berichtet, der Gesetzesentwurf über die Änderung des Weingesetzes fertiggestellt worden. Der Entwurf schlägt eine Erhöhung der Zuckergrenze auf 25 Prozent vor, doch ist bei Jahrgängen, die sich gut entwickeln, eine Herabsetzung der Zuckergrenze vorgesehen. Der Verschnitt von inländischen und ausländischen Weinen soll verboten werden. Auch die Weinbrandparagrafen sollen im neuen Gesetz zwecks Einführung einer besonderen Kontrolle grundlegend geändert werden. Der Entwurf wird den einzelnen Ministerien und den Landesregierungen zur Stellungnahme zugestellt werden.

Schaffung eines Reichsschulbeirats. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Münneberg regte in einem Schreiben an den Reichsinnenminister Severing die Schaffung eines Reichsschulbeirats an. In diesem Beirat sollen auch Vertreter der Lehrervereinigungen aufgenommen werden, so daß sie fortan Gelegenheit hätten, bei der Vorbereitung von schulpolitischen Gesetzesentwürfen und Maßnahmen rechtzeitig gehört zu werden, um mitarbeiten zu können. Gerade bei der Vorbereitung des letzten Reichsschulgesetzes hat es sich als außerordentlich schwerer Mangel erwiesen, daß ein solcher Beirat nicht vorhanden war.

Erziehungsberufswesen. Zur Förderung des gesamten Erziehungsberufswesens hat das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin seiner pädagogischen Abteilung eine Auskunftsstelle für Erziehungsberatung angegliedert. Sie soll den an der Tätigkeit der Erziehungs- und Jugendberufswesen interessierten Kreisen (Unterrichts- und Jugendwohlfahrtsbehörden, Schulen und freien Vereinigungen), Auskünfte erteilen und den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen anregen. Für ratsuchende Erzieher, Eltern und Jugendliche soll die Auskunftsstelle nur im Rahmen des vorhandenen Bedarfsbeweises zu den bereits bestehenden Einrichtungen sein. Der Minister des Innern und Unterrichts macht im Amtsblatt auf diese Auskunftsstelle aufmerksam.

Letzte Nachrichten

Chamberlains Stellung

M. Berlin, 5. Sept. (Priv.-Tel.) Londoner Gerüchte wurden dementiert, wonach Chamberlain zurücktreten wolle. Dagegen ist kein Dementi gegen eine weitere Breckenridge bisher ausgesprochen worden, der zufolge Lord Vickershead, der Staatssekretär für Indien, seine politische Laufbahn endgültig aufgeben werde, um einen wichtigen Posten in der Geschäfts- und Finanzwelt einzunehmen. Einige Mitarbeiter behaupten übrigens, daß Chamberlain gar nicht formal zurücktreten werde, daß aber Cushingden beauftragt werde, bis zu den Neuwahlen im April die Geschäfte des Außenministers zu führen, daß also Chamberlain im Amt nicht wieder erscheinen werde.

Kellogg an Bord des „Leviathan“

W.B. Paris, 5. Sept. (Tel.) Staatssekretär Kellogg ist gestern mit dem Kreuzer „Detroit“ von Irland kommend in Cherbourg eingetroffen und hat an Bord des Dampfers „Leviathan“ die Rückreise nach den Vereinigten Staaten angetreten.

Befragung um Veniselos

W.B. Paris, 5. Sept. (Tel.) Die Morgenpresse berichtet aus Athen, daß der Gesundheitszustand Veniselos', der von einer Art Tropenfieber, das in Athen grassiert, befallen sei, eine gewisse Besserung verzeichnen. Seine Frau und seine Söhne, die sich in Paris befinden, sind telegraphisch nach Athen zurückgerufen worden. Gleichzeitig wurde ein französischer Spezialist für Herzkrankheiten aus Frankreich gerufen.

Verfassungsreform in Afghanistan

W.B. Kabul, 4. Sept. (Tel.) Die vom König alljährlich einberufene „Große Versammlung“ (Doe Jirga) hat beschlossen, sich in ein ständiges Organ von 150 Abgeordneten mit dreijähriger Mandatsdauer umzugestalten. Titel, Rangordnung und Orden abzugeben und eine dreijährige Mitgliedschaftspflicht einzuführen. Die Versammlung billigte den Bau dreier Eisenbahnlinien und zweier Kanalisationen und die Einführung einer schwarz-rot-grünen Flagge als Landesflagge. Der Antrag des Königs, die Bewaffnung der Armee zu verstärken, wurde gutgeheißen, dagegen der Antrag der Regierung auf Festsetzung des Mindestalters zur Schließung einer Ehe für Frauen auf 18 Jahre und für Männer auf 20 Jahre abgelehnt. Zum Thronfolger wurde der älteste Sohn des Königs proklamiert.

Eingeborenenunruhen in Australien

W.B. London, 5. Sept. (Tel.) Die „Times“ aus Adelaide berichtet, sind unter den Eingeborenen Zentralaustraliens bedenkliche Unruhen ausgebrochen. Die Eingeborenen wüten das Vieh der Anwohner. Vor einiger Zeit mußten zwei Eingeborene wegen Ermordung eines Weizens verhaftet werden. Der Eingeborenenstamm, dem sie angehören, ist jetzt in der Nähe einer Siedlung verammelt und fängt und tötet das Vieh der Anwohner. Der „Times“-Korrespondent kritisiert die Methoden, mit denen die Polizei gegen die Eingeborenen vorgeht.

Einigungsverhandlungen innerhalb der Kuomintang

W.B. London, 5. Sept. (Tel.) Die „Times“ aus Schanghai meldet, wurde bei einer Reihe von Zusammenkünften der Kuomintangführer ein Kompromiß zwischen der Kuomintang und Kuomintangpartei erzielt. Die Regierung werde dahin umgelenkt, daß Tschiangkai-schek und Sunjanming gleiche Befugnisse erhalten. Für Fengyuhsiang sei keine Stellung vorgesehen worden.

Neue Tagung der Länderkonferenz. Für den Herbst, und zwar für Ende September oder Anfang Oktober ist, wie die „R. Ztg.“ dem demokratischen Zeitungsdienst entnimmt, eine neue Tagung der Länderkonferenz in Aussicht genommen.

Bernhard Shaw in Genf. Bernhard Shaw, der seit einiger Zeit sich in einem Unterausschuß der Kommission für internationale geistige Zusammenarbeit betätigt, traf am Dienstag in Genf ein. Shaw, der noch nie während einer Völkerversammlung in Genf geweilt hat, beabsichtigt, die Genfer Arbeiten bei seinem jetzigen Aufenthalt in Genf kennenzulernen.

Die Lebenszeit der Grünlandflieger

W.B. New York, 5. Sept. (Tel.) „New York Times“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht aus Mount Evans, in dem die Schwierigkeiten geschildert werden, mit denen die Befahrung des Flugzeuges „Greater Rockford“ nach ihrer Landung in Grünland zu kämpfen hatte. Sie hatte ursprünglich angenommen, innerhalb eines Tages Camp Floyd erreichen zu können. Nach zehntägigem Marsch hatten sie in dessen den Fjord erreicht, der nach Camp Floyd hineinführt. Sie sahen sich während der letzten Tage genötigt, ihre tägliche Ration auf fünf Unzen Pemmitan zu beschränken und waren im Begriff, den Weitermarsch als hoffnungslos aufzugeben, als das rettende Motorboot des Mount-Evans-Observatoriums auf dem Fjord auftauchte.

Fortschritte der Rationalisierung im Bankgewerbe

Einheitscheck und Einheitswechsel. Bankfirmennumerierung. Numerierung der Effektengattungen. Vereinfachung des Zahlungsverkehrs.

Der Sachausschuß für Bankwesen, der Ende 1927 im Rahmen des Ausschusses für wirtschaftliche Verwaltung (AWV) beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit gebildet worden ist, hielt am 28. August 1928 in Berlin seine zweite Vollversammlung ab. Als Mitglieder waren vertreten die Reichsbank, die öffentlich-rechtlichen Banken, die Preussische Staatsbank, die Bayerische Staatsbank, die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, zahlreiche größere Banken und Bankfirmen, der Deutsche Sparfassen- und Giroverband und die Genossenschaftsverbände. Als wichtigste Punkte der Tagesordnung standen zur Beratung und Beschlussfassung: die Einführung des Einheitschecks und Einheitswechsels, die Einführung einer einheitlichen Numerierung der Effektengattungen, die Numerierung der Banken und die Rationalisierung des Zahlungsverkehrs.

Die Reichsbank und die in Frage kommenden Spitzenverbände der öffentlichen Kreditinstitute, Sparfassen, Genossenschaften und des Bankgewerbes nahmen die vom AWV vorgeschlagenen Einheitsvordrucke für Scheck und Wechsel an. Um möglichst weiten Kreisen die Kenntnis der neuen Einheitsvordrucke zu vermitteln, hat der AWV, entsprechende Merkblätter herausgegeben, die durch Vermittlung des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, des Deutschen Industrie- und Handelstages und der sonst beteiligten Organisationen deren Mitgliedern zugestellt worden sind. Die Großbanken, zahlreiche Privatbankhäuser und der Deutsche Sparfassen- und Giroverband benutzen bereits den Einheitscheck. Der Neudruck der weißen Reichsbankchecks erfolgt ebenfalls nach dem Einheitscheck. Für die allgemeine Einführung des Einheitschecks wird mit einer Übergangszeit zum Aufbrauch der alten, noch im Besitz der Banken und Kundschaft befindlichen Scheckvordrucke gerechnet. Der Neudruck von Checks soll nur noch nach dem Einheitsformular geschehen. Beschlossen wurde, nach Ablauf einer Übergangszeit die Stellen und Firmen durch den Sachausschuß für Bankwesen feststellen zu lassen, auf welche noch vom Einheitsvordruck abweichende Checks umlaufen, damit der Sachausschuß bei diesen vorkommen werden kann. Für Einführung des Einheitswechsels wird auf eine entsprechende Mitwirkung der Druckereien gerechnet, von welchen bereits mehrere größere Spezialdruckereien Einheitswechselvordrucke vorrätig halten.

Die unter Mitwirkung der Reichsbank ausgearbeitete Wertpapiernumerierung wird angenommen. Der Sachausschuß soll darauf hinwirken, daß in sämtlichen Kurszetteln neben dem Namen des Wertpapiers dessen Nummer angegeben wird. Es wird in Aussicht genommen, zum 1. Oktober 1928 ein Verzeichnis sämtlicher an den deutschen Börsen amtlich notierten Wertpapiere unter Beifügung der Nummern in Buchform erscheinen zu lassen. Die Anwendung der Wertpapiernumerierung wird besonders in der Sachdepotbuchhaltung und im Effektenkonto Ersparnisse ermöglichen, da man in diesen Abteilungen die Namensbezeichnung durch die Effektennummer ersetzen kann und die Nummer hier nicht nur Kurzzeichen, sondern auch gleichzeitig Ordnungs- und Kontrollmittel ist. Durch die Numerierung der Effekten wird ferner bei vielen Arbeiten des Effektengeschäftes die Anwendung der nur Zahlen schreibenden Rechenmaschinen ermöglicht. In jedem Falle ist durch die Numerierung bei manueller wie bei maschineller Verbuchung ein schnelleres und sichereres Arbeiten gewährleistet. Weitere vorteilhafte Anwendungsmöglichkeiten der Wertpapiernumerierung werden sich im Effektenverkehr von Bank zu Bank sowie bei den verschiedenen Kassen- und Liquidationskassenvereinen ergeben. Die Praxis hat bereits bei einer Reihe von Privatbankfirmen und Aktienbanken die Vorteile der Wertpapiernumerierung erwiesen.

Die Bankennumerierung erfolgt auf Grund der vom Sachausschuß für wirtschaftliche Verwaltung bereits durchgeführten Numerierung aller Orte des Deutschen Reiches. Die einzelnen Banken werden durch Zusatznummern zu den Ortsnummern der einzelnen Bankplätze gekennzeichnet. Der Plan für die Zuteilung der Bankennummern ist auf Grund umfangreicher statistischer Ermittlungen von der Reichsbank aufgestellt worden. Die Reichsbank, die Staatsbanken, die Großbanken, die Giroorganisationen und die Preussische Kasse erhalten die einstelligen Nummern von 1-9. Die übrigen Bankinstitute erhalten zwei- und mehrstellige Zusatznummern zu den Ortsnummern. Im Zusammenhang mit der Frage der Bankennumerierung schweben bei der Reichsbank bereits seit längerer Zeit Erwägungen, in möglichst weitgehender Abereinbarung mit den Bankennummern die Numerierung der Reichsbankgironkonten durchzuführen. Die weitere Durchführung des aufgestellten Planes für die Bankennumerierung wird von der Reichsbank in Zusammenarbeit mit dem Sachausschuß für Bankwesen und dem Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes sowie den sonst in Frage kommenden Spitzenorganisationen erfolgen.

Als besonders wichtige Aufgabe betrachtet der Sachausschuß für Bankwesen die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Zahlungsverkehrs und Überweisungsverkehrs. Zur Einleitung und Durchführung der entsprechenden Maßnahmen wurde ein besonderer Unterausschuß eingesetzt.

Die Aufbrauchfrist für Briefumschläge. Das Reichspostministerium hat verfügt, daß die Aufbrauchfrist für Briefumschläge und alle Briefumschlagumhüllungen, die der neuen ab 1. Oktober gültigen Postordnung nicht entsprechen, bis zum 31. Dezember 1929 verlängert wird.

Das Deutsche Museum in München

Die Grundsteinlegung für das Studiengebäude

Bei der Feier der Grundsteinlegung für das Studiengebäude des Deutschen Museums in München, an der auch der bayerische Staatspräsident Dr. Kemmle teilnahm, sprach am Dienstagmittag nach dem Präsidenten des Vorstands Dr. v. Siemens und dem Reichsinnenminister Severing (über den Inhalt ihrer Reden wurde bereits berichtet), der bayerische Kultusminister Dr. Goldenberger.

Er wies darauf hin, daß sich an der Ausführung und Ausstattung des Studiengebäudes nicht nur die verschiedenen Zweige der Wissenschaft, Industrie und Technik großzügig und opferfreudig beteiligten, sondern erinnerte an die reichen Parfittungen der Banken, der Farben-, Kohlen- und Eisenindustrie, der Elektrotechnik, der Brauindustrie, die nicht geringen Stiftungen des Auslandes. Selbst für die Bücherfahrungen lägen bereits wertvolle Bücherpenden von über 10.000 Bänden, teils wertvolle Ausgaben der Mehrzahl der deutschen Meister, vor. Endlich haben Herr und Frau Krupp v. Bohlen und Halbach ein Kapital zur Verfügung gestellt, aus dessen Zinsen alljährlich wertvolle Lehrbücher an eine größere Zahl von Studierenden und Arbeiter beschenkt werden können. Der Minister gab sodann bekannt, daß auch in diesem Jahre der Museumsring in Gold an 20 und in Silber mit Goldplatt an 17 besonders verdiente Persönlichkeiten von der bayerischen Staatsregierung verliehen werden könne und zwar mit Gold u. a. dem Reichspräsidenten v. Hindenburg, als Nepräsidenten des Deutschen Reiches, Reichsstaatspräsident Lbbe, Reichspostminister Dr. Schäkel, Reichsfinanzminister a. D. Dr. Köhler, dem Chef der Marineleitung, Admiral Jener, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Generaldirektor Dr.-Ing. Bögl, Dortmund.

Nunmehr führte Reichspräsident v. Hindenburg die ersten Hammerschläge auf den Stein mit folgenden Worten aus: „Deutscher Arbeit, deutschem Aufstieg und deutscher Zukunft diene dieser Bau! Alles Streben und Schaffen, das hier geleistet wird, möge geleitet sein von dem Gedanken: Alles fürs Vaterland.“

Es folgten der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld, Reichsminister des Innern Severing, Kultusminister Goldenberger und als letzter Oskar v. Miller. Mit der Nationalhymne endete die großartige Feier.

Der Reichspräsident war bei seiner Abfahrt Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Festbankett im Maximilianeum

Nachmittags hatten die Reichsregierung und die bayerische Staatsregierung an die Ehrengäste Einladungen zu einem Festbankett im Maximilianeum ergangen lassen. Während des Festbanketts nahm Reichspräsident v. Hindenburg das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst die Anwesenden begrüßte und allen dankte für die große, tatkräftige Hilfe, die sie dem neuen Unternehmen geleistet haben. Ganz besonders dankte er dem Mann, der in zäher Lebensarbeit, mit genialer Idee und in nie erlahmendem Eifer das große Werk des Deutschen Museums geschaffen hat und verwaltet, Oskar von Miller.

Der neue Studienbau, der der Forschungstätigkeit wie der praktischen Arbeit auf allen Gebieten der Naturwissenschaft und der Technik gewidmet ist, werde das stolze Werk des Deutschen Museums krönen. Ebenso wie das Deutsche Museum der Meisterwerke der Naturwissenschaften und der Technik selbst, sei auch dies neue Haus eine Angelegenheit des ganzen Deutschland, bestimmt, dem gesamten deutschen Volke und darüber hinaus dem Fortschritt der Menschheit zu dienen. Daß das Deutsche Museum und nun auch diese neue Studien- und Forschungsstätte in Bayern und in der schönen Stadt München seinen Sitz erhielt, sei kein Zufall, sondern wohl begründet. Bayern und München seien nicht nur vorbildlich auf dem Gebiete der Kunst, sondern auch von jeher mit besonderem Erfolg auf vielen Gebieten der Wissenschaft tätig. Von einem kunstsinigen und gebefreudigen Fürstenhause begründet und gepflegt, von verständnisvollen Regierungen und dem Gemeinwohl blühender Städte unterstützt, haben sich gerade in diesem Lande Künste und Wissenschaften reich entfaltet. So haben das Reich und alle deutschen Länder gern und neidlos sich damit einverstanden erklärt und dahin gewirkt, den stolzen Ruhmestempel deutscher Wissenschaft und Technik in Bayerns Hauptstadt zu errichten. Das Deutsche Museum, das vor nunmehr 33 Jahren seine Pforten öffnete, sei ein Sammel- und Leuchtendes Zeichen deutscher Kultur geworden. Das heute angefangene Haus soll die Sammlungen des Deutschen Museums durch eine große wissenschaftlich-technische Bibliothek, durch eine Planfammlung größten Umfangs, durch Forschungslaboratorien, Arbeitszimmer und Lehrsäle ergänzen und alles, was dann im Museum und Studienbau an wissenschaftlich-technischem Rüstzeug vereinigt sein wird, jedem, der Belehrung sucht oder der Forschung dienen will, nutzbar machen. Möge diese Stätte auch über die unmittelbaren wissenschaftlichen und technischen Zwecke hinaus eine einigende Wirkung ausüben für das ganze deutsche Volk! Der Reichspräsident erhob sein Glas auf gesegnete Arbeit und glückliches weiteres Gedeihen des Deutschen Museums!

Ministerpräsident Dr. Feld sprach sodann den Festgästen namens der Staatsregierung einen herzlichen Willkommensgruß aus, insbesondere dem verehrungswürdigen Herrn Reichspräsidenten. Durch ihn betunde, so erklärte Dr. Feld, die ganze deutsche Nation ihr freundliches Interesse an dem großen, weltumfassenden Werk. Die hocherfreuliche Tatsache, daß ganz Deutschland in allen seinen Stämmen und Staaten, in allen seinen Regierungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen einig sei in warmer, opferbereitschaft für diese deutsche Großtat, eröffne einen hoffnungsvollen Ausblick auf die nicht minder bedeutungsvolle Einigkeit des ganzen deutschen Volkes in den Angelegenheiten seines Reiches und der seiner Größe und seinem Wohl in eblem Weltstreit dienenden deutschen Länder. Der Ministerpräsident dankte dem Reichspräsidenten für die warmen Worte der Anerkennung der Mission Bayerns für die Entwicklung von Kunst, Wissenschaft und Technik, die für Bayerns Volk ein neuer Ansporn sei, im Sinne seiner Mission weiter zu schaffen. Dem Reichspräsidenten als dem Repräsentanten des deutschen Volkes und der durch ihn gegebenen Vertiefung des deutschen Volkswillens weihte der Ministerpräsident sein Glas.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht führte in seiner Ansprache u. a. aus: In einem nie erwarteten Umfange nimmt die deutsche Jugend und gerade die Jugend der breitesten Massen des deutschen Volkes an den technischen Errungenschaften unserer Zeit praktischen und geistlichen Anteil. Es ist wie eine Art neuen und friedlichen Nationalismus das Bewußtsein über uns gekommen, in welchem Umfange Deutschland zum kulturellen und zivilisatorischen Fortschritt der Menschheit beiträgt. Wer von Versailles oder Genf in die Hallen des Deutschen Museums tritt, dem wird es mit Händen greiflich, daß Flugzeug oder Radio mehr für die Annäherung und Verständigung unter den Völkern leisten, als alle Staatsverträge und Völkerbundsresolutionen je vermögen. Wir müssen und dürfen die Hoffnung aussprechen, daß es auch möglich sein wird, das in Angriff genommene Werk materiell ohne Stöden zur Durchführung zu bringen; denn wir wissen, daß die beträch-

lichen Mittel, die zu einem solchen Ausbau notwendig sind, den höchsten Zins im volkswirtschaftlichen Sinne tragen werden.

Das Bankett war von musikalischen Vorträgen des Virtuositätens Quartetts des Bayerischen Staatstheaters, des Bläserquartetts, des Staatsorchesters und des Soloquartetts des Münchener Lehrergesangsvereins umrahmt, die ebenso wie die Tischreden durch Vorträge in beiden Sälen übertragen wurden.

Mit einem Festabend im Prinzregenten-Theater fand der Museumsstag einen glanzvollen Abschluß. Reichspräsident v. Hindenburg, der bei der Abfahrt vom Hause des Ministerpräsidenten in die Zufahrtsstraßen zum Theater und vor dem Theater selbst abermals lebhaft begrüßt wurde, wohnte dem Festabend mit Ministerpräsident Dr. Feld, Staatssekretär Dr. Meißner und seinem Sohn, Major von Hindenburg, bei. Zu Beginn des Abends teilte Erzengel von Miller mit, daß der vorgezogene Festvortrag des Generaldirektors Dr. Bögl ausfallen müsse, da Dr. Bögl zu seinem Bedauern in letzter Stunde verhindert sei, nach München zu kommen. An seiner Stelle gab Erzengel von Miller selbst in feiner gewohnter lebendigen und ungezwungenen Art einen Überblick über das Werden des Projektes des Studienbaues und die mit dem Bau verfolgten Ziele. Unter dem lebhaften Beifall des erlesenen Zuhörerkreises schloß der Redner: „Der Grundstein ist gelegt, nun kommt die gemeinsame Arbeit!“

Nach einer Teepause fand der Festabend seinen Abschluß mit der Aufführung eines Festspiels von Dr. Max Falbe „Meister Jörg und seine Gesellen“, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Nach dem Festabend begab sich Reichspräsident von Hindenburg zum Hauptbahnhof. Die Abreise erfolgte um 11 Uhr abends.

BRN, Berlin, 5. Sept. (Tel.). Der Reichspräsident ist, von München kommend, heute vormittag in Berlin wieder eingetroffen.

Die Völkerbundskonferenz

Vertrag der Generaldebatte auf heute

Die 3. Vollziehung der Völkerbundsversammlung, in der Dienstag nachmittag mit der Generaldebatte über den Jahresbericht begonnen werden sollte, war nur kurz, da sich trotz längerer Wartezeit kein Redner zum Wort meldete, und infolgedessen die Sitzung auf Mittwoch verlagert werden mußte. Dies lag nicht etwa an mangelnder Redelust, sondern daran, daß niemand am Anfang sprechen wollte. Man spricht von mangelhafter Organisation, denn es sei völlig unerfindlich, wie der Präsident und das Sekretariat die Sitzung eröffnen lassen konnte, wo sich doch keine Redner gemeldet hätten. Die Anmeldungen pflegten ja in der Regel im voraus zu erfolgen, da die großen Reden in Völkerbund meistens sorgfältig vorbereitete Staatsaktionen sind. Die Großen wölen noch warten, bevor sie selber herausreten. Da fragten sich die Kleinen, wozu sie den Anfang machen sollen, noch dazu spät am nachmittag, wo sie doch nicht viel Aufmerksamkeit finden würden.

BRN, London, 5. Sept. (Tel.). Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt zur Veranlassung der Generaldebatte über den Jahresbericht des Völkerbundes mangels Wortmeldungen: Da haben nun 50 Staaten Delegierte aus den vier Ecken der Welt nach Genf entsandt, aber im Augenblick, wo es darum geht, die Arbeit des Völkerbundes zu erörtern, die Fragen von derartig internationalem Interesse umfassen, da scheint nicht ein Mitglied einer Delegation den Wunsch zu haben, seine Ansicht auszudrücken. Das das ein Gefühl der Verblüffung in den Wandelgängen des Sekretariats ausgelöst hat, ist kein Wunder. Das Blatt bezeichnet selbst den Vorfall in einer Überschrift als „seltsames Fiasko“.

Um die Wiederwählbarkeit Spaniens

Spanien wünscht jetzt anlässlich seines Wiedereintritts in den Völkerbund sofort die Wiederwählbarkeit attestiert zu erhalten, wogegen namentlich die kleinen Staaten sind. Das Büro der Völkerbundsversammlung, dem auch Reichsminister Hermann Müller angehört, tagte am Dienstag um mittags 12 Uhr bis nach 3 Uhr, was u. a. a. Brand nötigte, zahlreiche zum Frühstück geladene Gäste allein zu lassen. Der Gegenstand der Beratungen war fast ausschließlich der von Deutschland, Frankreich und England gestellte Antrag auf ausnahmsweise sofortige Anerkennung der Wiederwählbarkeit für Spanien. Aber das weitere Vorgehen verläutet, daß das Präsidialbüro nach den langwierigen Beratungen des Dienstags, den Antrag Deutschlands, Englands und Frankreichs sich zu eigen machte, und der Bundeversammlung einen entsprechenden Entschließungsentwurf vorlegen wird. Die Formulierung dieses Entwurfs wurde bereits fertiggestellt und wird in einer der nächsten Vollziehungen des Völkerbundsrates zur Beratung gestellt werden.

Die Ersatzwahl zum Internationalen Gerichtshof

BRN, Genf, 6. Sept. In der Frage der Ersatzwahl für das zurückgetretene amerikanische Mitglied im Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag, Moore, ist beinahe die große Mehrheit der nationalen Gruppen des alten Haager Schiedsgerichtshofes der früheren amerikanischen Staatssekretär Hughes vorgeschlagen worden. Unter Hinweis auf diesen Umstand hat der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes die von der kanadischen Gruppe aufgestellten beiden Kandidaten zurückgezogen. Auch Rumänien hat mitgeteilt, daß es seine Kandidaten zurückzieht, da es der Ansicht sei, daß zum Nachfolger Moores entweder eine amerikanische oder eine deutsche Persönlichkeit gewählt werden soll.

Reichsjagdverband. In Dresden ist dieser Tage der Reichsjagdverband gegründet worden, dem u. a. angehören der Allgemeine Deutsche Jagdclubverein, der Preussische Landesjagdverband, die Württembergische Jagdvereinsung, der Deutsche Försterverbund, der Verband deutscher Kaufleute des Wild- und Geflügelhandels, Bayern und Baden haben ihren Anschluß von dem Ausgang ihrer Hauptversammlung abhängig gemacht. Als Präsident wurde der Präsident des Allgemeinen Deutschen Jagdclubvereins, Alfons Krings von Isenburg, als Vizepräsident der Präsident des Preussischen Landesjagdverbandes, Feld, gewählt. Mit der Führung des Reichsjagdverbandes wurde der Geschäftsführer des Preussischen Landesjagdverbandes, Scharvin, beauftragt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt u. a. für Süddeutschland die Herren Pfanzagl (Württemberg) und Konrad Schmidt (Frankfurt a. M.). Baden wird noch einen Stellvertreter zu wählen haben.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr. In 86 deutschen Groß- und Mittelstädten, für die sich ein Vergleich durchführen ließ, wurden in den ersten sechs Monaten d. J. 43.678 Wohnungen fertiggestellt, 45.134 Wauerlaubnisse für Wohnungen erteilt und 41.924 in Angriff genommen. Die Differenz der Zahl der beendeten und begonnenen Wohnungsbauten beträgt also im ersten Halbjahr 1928: 1765.

Die Heidelberger Tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände

Die fortwährende Besetzung führt jede Verhandlungsatmosphäre

In der Dienstagnachmittagsitzung hörten die zur Presse- tagung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände Erschienenen ein Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. von Dryander, betitelt „Kriegsschuldfrage — Französische Sicherheitspolitik — Rheinlandräumung“, in dem der Redner zunächst einen Überblick über die Politik der Ententemächte, Frankreich und England im besonderen, in den Jahren nach dem Krieg gab und, auf die Zeit zurückübergehend, betonte, daß die fortwährende Besetzung jede Verhandlungsatmosphäre zerstöre. Die Frage verlange nicht schweigende Duldbung oder würdeloses Werben, sondern einheitlichen Willensausdruck eines 60-Millionen-Volkes. Nach London, Locarno und Genf habe Deutschland gemäß Artikel 431 ein Recht auf Räumung. Preise hierfür zu bezahlen, müsse abgelehnt werden. Wenn es notwendig ist, so harre das besetzte Gebiet bis zum Fristablauf aus. Keine Regierung in Deutschland könne ein Ostlocarno wagen. Die Räumungsfrage sei für Deutschland nur ein Ausschnitt aus der großen Forderung der Revision des Versailleser Vertrages. Wir alle hätten dem Kellogg-Pakt zugestimmt. Eine friedliche Entwicklung Europas setze die Befestigung der Kriegsschuldfrage voraus. Die Revision des Vertrages von Versailles sei das Tor hierzu. Deshalb müßten wir eine sachliche Prüfung der Kriegsschuldfrage durch eine unparteiische Instanz fordern.

Eine Aussprache wurde nicht gewünscht. Der Vorsitzende, Gouverneur Schner, verwies, daß der Vorredner über die Locarnopolitik sehr scharf und in fast durchweg abnehmender Tone geurteilt hatte, in einigen Bemerkungen auf das, was wir durch die Locarnopolitik erreicht haben. Ohne diese Locarnopolitik wäre es doch nicht zu diesen bemerkenswerten Ergebnissen gekommen.

In einem Schlusswort kennzeichnete Dr. Dryander die von ihm gegebene Auffassung über Locarno als eine rein persönliche Anschauung. Er bestritt nicht, daß die Locarnopolitik da und dort Deutschland etwas Bewegungsfreiheit gebracht habe, aber die an Locarno gemäßigten Erwartungen hätten sich nicht erfüllt.

Damit war die Nachmittagsitzung zu Ende. Heute abend findet in Heidelberg eine große öffentliche Kundgebung statt, verbunden mit Schloßinnenbeleuchtung und einem Vortrag von Gouverneur a. D. Dr. Heinrich Schner, R. d. R., über „Deutschland und die Weltmeinung“.

Die Berliner Verkehrsunternehmungen. In der städt. Deputation für das Verkehrswesen in Berlin berichtete Stadtrat Reuter über die Frage der Zusammenlegung der Berliner Verkehrsunternehmungen zu einer Berliner Verkehrsaktiengesellschaft. Es wird der Weg der Liquidierung der einzelnen bisher bestehenden Verkehrsunternehmungen und die Neugründung einer einzigen mit einem Kapital von 400 Millionen Reichsmark ausgearbeiteten Aktiengesellschaft gewährt. Die Deputation entschied sich dahin, daß eine Vorlage in der gedachten Form im Magistrat vorgetragen werden soll.

Eine Internationale Kreditgenossenschaft der Kirchen zur Bekämpfung des Wohnungselends. Bei den Verhandlungen des Prager Kirchenkongresses über die Fragen des praktischen Christentums legte der Berliner Universitätsprofessor Dr. Titius den Plan einer internationalen Kreditgenossenschaft der Kirchen vor. Die kapitalkräftigen Kirchen aller Länder sollen aufgerufen werden, gegen genügende Sicherheiten, aber zu mäßigem Zinssatz Geld zu verleihen. Der Zweck der geplanten Gründung sei die Bekämpfung des Wohnungselends. In der Schweiz sei eine solche Kreditgenossenschaft bereits ins Leben gerufen worden.

Neue amerikanische Einwanderungseinschränkungen? Der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, Johnson, kündigte an, er werde dem Kongress eine Beschränkung der lateinamerikanischen Einwanderung nach den Vereinigten Staaten vorschlagen, und zwar solle sie nur in dem Umfang zugelassen werden, wie in dem jeweils vorhergehenden Jahr Personen aus den Vereinigten Staaten nach Lateinamerika ausgewandert sind. Ferner beabsichtigt er eine Herabsetzung der Passgebühren auf 2 Dollars, jedoch eine Erhöhung der Einwandererlätze anzugehen.

Kurze Nachrichten

Veränderungen in der Pressestelle der Reichsregierung? Wie das „V. L.“ wissen will, soll die Ernennung des Oberregierungsrates Dr. Kaagenberger von der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums zum Leiter des Innenreferates in der Presseabteilung der Reichsregierung unmittelbar bevorstehen. Dr. Kaagenberger ist Angehöriger des Zentrums.

Reform des Schlichtungswesens? Reichsarbeitsminister Bischoff hat die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Mitte Oktober zu einer Konferenz eingeladen, in der das Problem des Schlichtungswesens aufgeführt werden soll. Er hat ferner die beteiligten Organisationen aufgefordert, ihm zuvor ihre Stellungnahme schriftlich darzulegen und vor allem über ihre Kritik hinaus Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten.

Bestrafter Wahlzettel. Das Schöffengericht zu Eichstätt (Mittelfranken) verurteilte fünf Landwirte aus Fischach zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten und Tragung der Gerichtskosten, weil sie bei der letzten Reichstagswahl als Wahl- auschmüßmitglieder eine große Anzahl von Stimmzetteln mit einem Kreuz versehen hatten, um dem Bauernbündelvorschlages zum Siege zu verhelfen.

Der britische Gewerkschaftskongress gegen die Kommunisten. Der in Swansea tagende britische Gewerkschaftskongress nahm mit überwältigender Mehrheit eine vom Verband der Eisenbahner vorgeschlagene Entschließung an, die den Generalrat der Gewerkschaften auffordert, Schritte zu unternehmen, um die kommunistischen Elemente aus der gewerkschaftlichen Bewegung auszuhalten.

Erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Gegenüber der letzten Woche, die der Bericht der letzten Woche feststellen konnte, verzeichnet der am Dienstag ausgegebene Bericht wieder eine merkliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt danach 1.900.000; ein Mehr von 110.000 gegen die Vorwoche und von 260.730 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres.

Zwei Attentat des Attentats auf Raditsch in Unterungarische. In Belgrad wurden die radikalen Abgeordneten Thomas Popowitsch und Dragutin Jovanowitsch, die in Verbindung mit dem Attentat auf Raditsch der Anstiftung zum Mord beschuldigt werden, in Unterungarischehaft genommen. Beide Abgeordnete haben Beschwerde eingelegt.

Mäßregelung eines slowenischen Blattes in Triest. Der Leiter des slowenischen Blattes „Ginost“ in Triest ist vom dortigen italienischen Präfekten gezwungenermaßen seiner Stellung enthoben worden, weil das slowenische Blatt tendenziöse Nachrichten über Italien, u. a. über finanzielle Fragen, gebracht habe.

Fort mit der Besatzung

Die „Fälzische Rundschau“ in Ludwigshafen schreibt zur Räumungsfrage in einem Leitartikel u. a.: Heute verlangen wir kein Entgegenkommen, sondern wir fordern unser gutes Recht. Sollten nun aber die Friedensworte von Paris und auch die Völkervereinigung in Genf ohne Ergebnis bleiben, dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Bevölkerung des besetzten Gebietes nach all den Jahren des Leidens und der Enttäuschung ein Gefühl tiefer Bitternis, wenn nicht gar des Hasses gegen seine Unterdrücker ergreift. Die fälzische Bevölkerung wird aber eher das Joch der Besatzung weiter dulden, als daß ihre Freiheit durch neue Opfer des Vaterlandes erkauft werden muß. Mag dann Frankreich, die Nation, die die Worte Brüderlichkeit und Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben hat, das Odium auf sich nehmen, den Weg ehrlicher Verständigung versperrt zu haben. Die Fälzler sind dann entschlossen, die langsame, Gewalttätigkeit erhobenen Hauptes weiter zu tragen. Sie werden das neue Opfer bringen, um das Vaterland vor neuen Demütigungen zu bewahren.

Vom Kongreß der freien Gewerkschaften

Auf dem dritten Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg leitete der Bundesvorsitzende Theodor Leipart seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Jahren ein mit einem ausdrücklich betonten Bekenntnis zur Republik.

In seinen folgenden Ausführungen beschäftigte sich der Bundesvorsitzende mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die erst durch eine Reihe von Krisen hindurchgehen mußte, ehe ihr gewaltiger Aufschwung verhältnismäßig schnell einsetzte. Die Produktivität der Betriebe ist ständig gewachsen, aber statt der zu erwartenden Preislenkung ist eine ständig neue Preiserhöhung eingetreten. Diese ungewundenen Tendenzen gilt es ebenso zu bekämpfen wie die Zollerhöhungen für die wichtigsten Nahrungsmittel. In eingehenden Ausführungen beschäftigte sich der Bundesvorsitzende mit der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere während der Jahre 1925 und 1926 zu wiederholten Verhandlungen über Höhe und Dauer der Unterfütterung führte. Die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages wird, wie Leipart in seinen weiteren Darlegungen ausführte, nicht mehr auf starken Widerstand stoßen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der geschlichen Zulassung der Überschreitungen des Achtstundentages. Im Folgejahr über Arbeitszeit sind Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Ausnahmen im wesentlichen nicht berücksichtigt. Die Folge dieser Unterlassung waren schwere, aber erfolgreiche Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit. Ein schwieriges Problem in der bisherigen Lohnpolitik stellt das öffentliche Schlichtungswesen dar, insbesondere die Verbindlichmachung von Schlichtungsstellen. Das System der Zwangsschlichtung muß beschränkt werden auf die Ausnahmefälle, in denen wirklich ein öffentliches Interesse daran vorliegt, einen Arbeitskampf zu vermeiden, oder in denen soziale Gründe es rechtfertigen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht, indem er noch einmal die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Schulung und der geistigen Vertiefung für alle Gewerkschaftsfunktionäre und für alle Mitglieder hervorhob.

Der Opel-Bahnhof wird gebaut

Die französischen Besatzungsbehörden haben nun ihren Einspruch gegen den Anschluß des neuen Güterbahnhofs der Firma Opel in Rüsselsheim, der jetzt vollendet ist, an die Gleise der Reichsbahnstation Rüsselsheim zurückgezogen. Die Firma hat jetzt mit den Anschlußarbeiten begonnen. Aber auch die Bergförderung der Reichsbahnstation Rüsselsheim soll nun in Angriff genommen werden, nachdem im Reichsbahnetat für den Umbau und die Erweiterung des Bahnhofs eine erstmalige Rate von 50 000 RM eingesetzt wurde. Damit können aber provisorisch nur die unbedingt notwendigen Arbeiten ausgeführt werden.

Lohnkonflikt in der Textilindustrie

Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie teilt mit: „Die am Dienstag in Berlin vollständig versammelten Vertreter der dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie angehörenden Bezirks- und Ortsverbände befaßten sich mit den in verschiedenen Textilbezirken ausgebrochenen Arbeitskämpfen. Sie erklärten in den von den Textilgewerkschaften gestellten neuen Lohnforderungen die bestimmte Absicht, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einer allgemeinen Erhöhung der Textilarbeiterlöhne im gesamten Reich den Weg zu bereiten. Aus dieser Erkenntnis heraus steht die gesamte deutsche Textilindustrie mit ihrem Spitzenverband hinter den angegriffenen Verbänden. Diese Verbände werden alle zulässigen Mittel anwenden, um den von den Gewerkschaften eingeleiteten Kampf zu dem Ende zu führen, daß den Wirtschaftserfordernissen und damit allein auf die Dauer auch den Interessen der Arbeiterschaft gerecht wird.“

Das amerikanische Freigabegesetz

Es wird vielfach beobachtet, daß Reichsangehörige, welche Anspruch auf die Herausgabe ihres in Amerika beschlagnahmten Vermögens haben, sich nicht darum kümmern, in der Meinung, daß die amerikanische Regierung von sich aus die Rückgabe bewirken werde. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Eigentümer sich mit einer Eingabe an den Freigabehändler wenden müssen, was unter gewissen Formen zu geschehen hat, die ausdrücklich die Beantragung auf Rückgabe enthalten müssen, und welcher die nötigen Unterlagen beizufügen sind. Ein solcher Antrag muß bis zum 2. April 1929 gestellt sein, sonst geht das Eigentum endgültig verloren. Im Formfehler, die vorzulegen können, gegebenenfalls noch beiseite zu lassen, kann man sich an den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverband wenden, Berlin NW 7, Neue Wilhelmstraße 12/14, oder an die amerikanische Abteilung des Bundes der Auslandsdeutschen, Berlin NW 6, Luisenstraße 62/28, welche bereit sind, auch Nichtmitgliedern Auskunft zu erteilen.

Folgenreicher Auszug über die italienische Grenze. Das Pariser „Journal“ meldet aus Grenoble, daß ein bei einem Auszug zum Großen St. Bernhard festgenommener französischer Postbeamter wegen angeblicher Beleidigung Russolinis von einem italienischen Gericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, aber auf Eingreifen des französischen Generalkonsuls in Turin begnadigt worden ist.

Anerkennung Zogus I. durch Griechenland. Der griechische Geschäftsträger in Albanien, Anastas, hat mitgeteilt, daß Griechenland die Regierung Zogus I. anerkennt und mit ihr in offizielle diplomatische Beziehungen tritt.

Austritt des bulgarischen Kabinetts. Da Ministerpräsident Vaptschew unzugängliche Umbildung des Kabinetts unter Ausschluß des Kriegsministers Bolker entschieden verweigert, erklärten, wie aus Sofia gemeldet wird, Minister Bulgarow, Christow und Bulboschew ihren Austritt. Ministerpräsident Vaptschew hat darauf die Demission des Gesamtkabinetts eingereicht.

Badischer Teil

Der Stand der Feldgewächse und der Reben in Baden Anfang September 1928

St.-L.-A. In der ersten Auguhälfte war die Bitterung immer noch zumeist heiß und sehr trocken. Später kam es zu Gewitterbildungen und Niederschlägen, welche erneutes Wachstum brachten. Leider waren die Regenfälle nicht überall ergiebig genug, um den ausgetrockneten Boden durchgreifend anzufeuchten.

Die Getreideernte ist fast reiflos und in gutem Zustand unter Dach gebracht worden und man ist mit den Körner- und Stroherträgen im allgemeinen recht zufrieden. Die Kartoffel- und Rübenfelder haben sich nach den eingetretenen Niederschlägen fast überall gut erholt. Insbesondere die Kartoffeln entwiceln sich günstig und lassen noch eine mittlere Ernte erhoffen.

Die Ernte des Wiesenhalmes ist vielerorten im Gange bzw. da und dort auch schon eingebracht. Die Erträge sind, ebenso wie bei den zweiten und dritten Mähschnitten, zum Teil recht gering. Zudem kann, nachdem da und dort ausgebrannt gewesene Wiesen- und Kleebäder wieder zu grünen beginnen, noch mit einer guten Herbstweide gerechnet werden.

An Schädlingen machen sich, außer Engerlinge und Erdflöhe in den Rübenfeldern, hauptsächlich auch Feldmäuse in zunehmender Anzahl bemerkbar.

Die Nachrichten über die Herbstausichten in den Weinbergen lauten andauernd und fast ausnahmslos sehr günstig und hoffnungsvoll. Soweit die Reben in den Reifstadien nicht erfroren sind, ist der Befund überall ein guter. Die Trauben sind gesund, entwickeln sich zusehends und versprechen bei begünstigter Traubenreife einen guten Wein.

Badischer Städtebund

Im Anschluß an die Tagung des Reichsstädtebundes hält der Badische Städtebund am Samstag, den 8. September 1928, seinen 33. ordentlichen Stadttag in Heidelberg ab.

Badens höhere Handelsschulen

Wie der Amtliche Kreisliche Pressebericht mitteilt, wurden die badischen Höheren Handelsschulen, die den Bestimmungen des Erlasses vom 8. April 1916 entsprechen, vom Handelsminister als gleichwertig mit den preussischen Höheren Handelsschulen anerkannt. Zur Zeit sind dies die städt. Höheren Handelsschulen in Freiburg, Rastatt, Karlsruhe, Pforzheim und Heidelberg.

Der Deutsche evangelische Pfarrertag in Karlsruhe

Der Tagungsplan für den Deutschen Evang. Pfarrertag ist nun ausgegeben. Demnach beginnt der Pfarrertag am Nachmittags des 10. September mit der Tagung der Vereinigung Preussischer Pfarrervereine und der ordentlichen Hauptversammlung des Evang. Pfarrervereins für Baden. Die Tagung des Verbandes Deutscher Evang. Pfarrervereine wird am Abend des 11. September mit Gottesdienst in der Stadtkirche eröffnet, Festprediger ist Pfarrer D. Vesselsbacher von Baden-Baden. Nach einer liturgischen Vorgesangfeier in der Christuskirche findet im Kleinen Festhallsaal eine Versammlung statt, in deren Mittelpunkt ein Vortrag von Geheimrat D. Bauer, Heidelberg, über „Die Eigenart der evang. Kirche in Baden“ steht. Am Abend dieses Tages wird im Städtischen Konzerthaus das Festspiel „Ambrosius Pfarrer“, von Pfarrer Hindelang in Karlsruhe, aufgeführt werden. Am 13. September folgt dann die Abgeordnetenversammlung, und am Freitag wird der Pfarrertag mit einem Ausflug nach Baden-Baden beschlossen werden. Von der Stadtverwaltung und der evang. Kirchengemeinde werden die Festgäste aus dem evang. Pfarrerkreis freundschaftlich willkommen geheißen.

Aus der badischen Industrie

Eine Erklärung der Angelegenheit der Valtawerke. Der Betriebs- und Angestelltenrat berichtet, wie aus Heidelberg gemeldet wird, eine längere Erklärung, nach der die Firma Valtia nicht, wie verschiedentlich behauptet worden ist, einen kleinen Montagebetrieb mit 10 bis 20 Arbeitern unterhält, sondern über einen modernen eingerichteten Fahrradfabrikationsbetrieb verfügt und mit etwa 200 Arbeitern und 70 Angestellten in der Saison den Fahrradrahmen von Grund aus selbst herstellt, und hieraus ihre Räder unter eigener Marke auf den Markt bringt. Sachverständige haben den Betrieb als erstklassig bezeichnet. Es sei nicht richtig, daß 90 Proz. der Außenstände uneinbringlich seien, sondern die Valtia verkaufe ihre Räder auf Teilzahlung durch die branchenüblichen Händler mit Eigentumsvorbehalt; die Raten seien immer ordnungsgemäß eingegangen. Der mit Zustimmung der Gläubiger gemachte Vergleichsvorschlag sei dadurch unbedingt sichergestellt. Der Angestellten- und Arbeiterrat haben von dem Aufsichtsbeamten der St. Jägerter Bank, welcher seit Wochen die Firma beaufsichtigt, die Versicherung erhalten, daß der Valtiabetrieb in jeder Hinsicht in Ordnung sei.

Neuer Herbstflugplan

Am 8. September ist der neue Herbstflugplan in Kraft getreten, dessen Zeiten auf die abnehmende Tagesspanne Rücksicht nehmen. Die Schwarzwaldbahn gewährleistet auch im September mit ihren veränderten Zeiten Anschlüsse von Karlsruhe nach dem Rheinland, Paris, Brüssel, London, Amsterdam, Nordseeinseln, Ostseeinseln, Reichshauptstadt und Danemarf. Die Ost-West-Verbindung, deren Leitlinie Karlsruhe-Saarbrücken immer noch nicht in Betrieb genommen werden konnte, schafft günstige Verbindungen über Stuttgart nach Zürich, Erfurt, Halle/Leipzig, Berlin und Breslau, über München nach Wien, Budapest, Bognland und Dresden. Die Rheinland-Verbindung Karlsruhe-Köln bringt Schnellverbindungen Frankfurt-Berlin mit Anschlüssen nach Danzig und Östpreußen, Schweden, Schleswig-Holstein, sowie die bisherigen Verbindungen nach Belgien, Holland und England.

Nordbadische Pferdezuht

In den Monaten September und Oktober finden in Nordbaden mehrere staatliche Stutenkassen statt und zwar am 14. September in Wiesloch, am 20. in Großschafen, am 26. in Neudorfheim, am 28. September in Redarbschhofheim, am 18. Oktober in Grünfeld, am 19. in Bogberg, am 20. in Osterburken, am 22. in Höpfigen und am 28. Oktober in Rosbach.

Voranschlag der Stadt Rastatt. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928/29 schließt ab mit einer Ausgabe von 2 853 110 RM gegen 2 651 962 RM im Voranschlag 1927/28. Ausgabeerhöhung somit 201 148 RM. — Die Einnahmen sind für 1928/29 ohne Gemeindefeuern veranschlagt auf 2 396 590 Reichsmark gegen 2 206 010 RM im Voranschlag 1927/28. Einnahmeerhöhung somit 188 580 RM. — Die Mehrausgaben haben ihre Ursache in der größeren Belastung durch die Besatzungsreform und einen erheblichen Anstieg an Gebäudeversicherer infolge der gesetzlich vorgeschriebenen Vergünstigungen, sowie eine Minderung der Ersparnisse des Staates zu den Fürsorgekosten. Wenn nun aber trotzdem die Beibehaltung der bisherigen Steuerfäße auch ohne gleichzeitige Erhöhung der Gas- und Strompreise vorgesehen ist, so war dies nur möglich dadurch, daß die Ausgaben in allen Zweigen bis auf die äußerste Grenze gedroffelt wurden, eine früher zurückgelegte Reserve mit einem Betrage von 15 000 RM herangezogen und in Erwartung eines günstigeren Ergebnisses durch die endgültige Steueranpassung für 1928 ein Umlagenbeitrag von 2 460 RM eingestellt wurde.

Besuch des Reichsstädtebundes E. S. in Mannheim. Der Reichsstädtebund, der in den Tagen vom 5. bis 7. September seine 18. Mitgliederversammlung in Heidelberg abhält, hat in sein Programm auf Einladung der Stadtverwaltung einen Besuch Mannheims aufgenommen. Es werden am Samstag, den 8. September, einige hundert Teilnehmer an der Reichsstädtebundtagung in Mannheim sein. Für die Gäste ist vorgesehen: eine Rundfahrt durch die Stadt, eine Hafen- und Stromfahrt und verschiedene Besichtigungen (Kranienhaus, Altersheim, Kraftwagenhof, Volkshochschule Räfertal und Fröbelseminar).

Baufähigkeit in Freiburg. Im ersten Halbjahr 1928 sind in Freiburg insgesamt 67 Wohngebäude gegen 47 im Jahre 1927 erstellt worden. Unter Berücksichtigung verschobener Umlaufbauten sind in diesem Halbjahr 143 (121) neue Wohnungen errichtet worden. Sinsulommen noch 117 (93) Geschäftslotale und 114 (52) Dachkammern. Unter Anrechnung des Wohnungsabganges ergibt sich ein reiner Zugang von Wohnungen von 130 gegen 118 in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Verschiedenes

Die Amerikafahrt des „Grafen Zeppelin“

Kann, wie jetzt mitgeteilt wird, frühestens in 30 bis 40 Tagen erfolgen. Es entstanden Schwierigkeiten in der Fabrikation des als Betriebsgas im neuen Luftschiff verwendeten Nautgas. Während in qualitativer Hinsicht die Ergebnisse der Fabrikation in dem von der Augsburger Gasegasgesellschaft eingerichteten neuen Gaswerk in Friedrichshafen durchaus den Erwartungen entsprechen, macht die Umsetzung der jüngsten Laboratoriumversuche in die Praxis in quantitativer Hinsicht Schwierigkeiten. Man hatte mit einer täglichen Lieferung von 3000 Kubikmetern Nautgas gerechnet, während die jetzt einsetzende Lieferung des Wertes nur 1000 Kubikmeter täglich beträgt. Da für eine große Fahrt 30 000 Kubikmeter Betriebsgas erforderlich sind, ist vor einem Monat mit der Amerikafahrt nicht zu rechnen. Die Füllung des Schiffes mit Traggas beginnt am heutigen Mittwoch und wird eine Woche in Anspruch nehmen. Die ersten Fahrten finden also etwa um die Monatsmitte statt.

Levines Flugzeug beschlagnahmt

WTW. Paris, 5. Sept. (Tel.). Das Flugzeug, mit dem Levine und seine Begleiter nach Cherbourg abgefahren waren, wurde bei seiner Ankunft auf dem Pariser Flughafen beschlagnahmt, weil alle Ausweispapiere fehlten. Levine hat an Bord des „Leviathan“ die Rückreise nach Amerika angetreten. Seine Begleiter, Bert Acosta und die Passagiere Mendon und Wicham wurden zur Polizei geführt.

Der französische Ozonflug

Die Dienstag früh auf dem Flugplatz von Le Bourget bei Paris zur Ozeanüberquerung aufgestiegenen Flieger H. Soland und Lefevre sind nachmittags 4.40 Uhr wegen eines Schadens an einem Duzufuhrrohr in Casablanca (Südpazifik) gelandet. Die Flieger wollen heute starten und über St. Louis (Senegal) und Pernambuco nach New York fliegen. Von dort aus beabsichtigen sie, mit ihrem Flugzeug nach Paris zurückzukehren.

Die „griechische Krankheit“

Die Epidemie, die den Namen „Dangio“ trägt, trat, wie die „Frl. Bg.“ schreibt, Ende Juli in Athen erstmalig auf und wurde von den Ärzten als „gelbes Fieber“ bezeichnet. Doch ohgleich die Symptome der Athener Epidemie die gleichen wie die des „gelben Fiebers“ sind, bleiben glücklicherweise die Todesfälle in dem Anfange aus, wie ihn jene Krankheit mit sich bringt. In den ersten Augusttagen wuchs die Epidemie sich mit erschrecklicher Intensität aus; Banker mußten schließen, weil neunundneunzig Prozent ihrer Angestellten erkrankt waren, Behörden wiesen unbefehete Kranke auf die Post in Athen und Piräus verzeichnete neunzig Prozent Erkrankungen ihres Personals. Schon die Kammerwahlen standen unter dem Einfluß der Epidemie; nur sechzig Prozent der Wahlberechtigten schritten zur Urne. Regierung und Stadtverwaltungen stehen der Epidemie völlig hilflos gegenüber. Ein besonderes, anlässlich der Fieberwelle ins Leben gerufenen Unterstaatssekretariat für Hygiene, das einem Fachmann für Tropenkrankheiten anvertraut wurde, konnte sich lediglich mit der Hygienesektion des Völkerbundes ins Einvernehmen setzen, die dann auch dieser Tage mitteilte, daß der Spezialist für Tropenfieber, Dr. Madenzie, in Athen eintreffen werde, um zu sehen, was sich machen ließe. Die Straßenrinnen werden mit Kalt ausgegossen, alle öffentlichen Gebäude stehen unter Petroleum, man versucht die ungegähnten offenen Eimer und Koraste in und um Athen zuguschütten, da Rücken angeblich die Träger der „Dangio“ sein sollen. Die Zeitungen aber predigen immer wieder und wieder ein Wort: Reinlichkeit! Die griechische Hauptstadt kennt weder Kanalisation noch andere hygienische Einrichtungen. Abgesehen hat das „Dangio“-Fieber bereits den Weg weiter zu den Inseln, in den Peloponnes, nach Thrazien, Phazebonien und Epirus gefunden und fesselt auch in diesem Provinzen bereits Hunderttausende an das Bett.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Sept.		4. Sept.	
	Gold	Deut.	Gold	Deut.
Amsterdam 100 G.	168.11	168.45	168.02	168.36
Kopenhagen 100 Kr.	111.86	112.08	111.86	112.08
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.342	20.382
New York 1 D.	4.1930	4.2010	4.1920	4.2000
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.715	80.875	80.705	80.865
Wien 100 Schilling	59.075	59.195	59.07	59.19
Brag . . . 100 Kr.	12.423	12.443	12.424	12.444

Gemeinde-Rundschau

Vom Karlsruher Wohnungsbau. Wie aus verschiedenen offiziellen Verlautbarungen der letzten Zeit ersichtlich war, ist seit einigen Jahren in Karlsruhe durch die kräftige Förderung des Wohnungsbauwesens die Wohnungsnot mehr und mehr zurückgegangen. Der Wohnungsmangel beträgt jetzt noch rund 1600. Der normale Bevölkerungszuwachs bedingt jährlich etwa 600 Wohnungen. Gebaut wurden aber hier in den letzten Jahren durchschnittlich etwa 1000 Wohnungen. Beim Anhalten des jetzigen Tempos dürfte also in Karlsruhe die Wohnungsnot in etwa 3 bis 4 Jahren ihre Ende erreicht haben. Karlsruhe ist bekanntlich eine derjenigen Städte, die in der Förderung des Wohnungsbauwesens an erster Stelle stehen.

Bürgermeisterwahlen. In Rastatt (bei Wiesloch) wurde beim dritten Wahlgang Gemeinderat Karl Beigel zum Gemeindeoberhaupt gewählt. — In Rast (A. Mektich) wurde der bisherige Bürgermeister Robert Hahn mit 183 von 171 Stimmen wiederum zum Bürgermeister gewählt. — In Oberwolfach waren nicht weniger als fünf Kandidaten für die Bürgermeisterwahl aufgestellt, die, obwohl sich etwa 80 Proz. der Wahlberechtigten sich daran beteiligten, ergebnislos verlief, so daß ein zweiter Wahlgang vorgenommen werden muß. — In Zimmerholz (A. Engen) wurde Weidredirektor Jirell mit großer Mehrheit wiedergewählt. — In Hügelsberg (A. Borsach) erhielt im zweiten Wahlgang Altbürgermeister Häfner 50 Stimmen, sein Gegenkandidat Ruder 70 Stimmen, so daß letzterer gewählt ist.

Der Bürgerausschuß Mendon genehmigte den Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1928 mit etwa 179 000 M. Ausgaben und 124 000 M. Einnahmen. Die Umlage wurde auf 86 Pf. gegen 80 Pf. im Vorjahre festgesetzt.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Wiederbeginn der Theaterpielzeit im Badischen Landes-Theater

Nachdem die vorige Opernspielzeit als letzte Neuentdeckung Wagner's „Wohlgemut“ beendet hatte, beginnt die diesjährige Saison in natürlicher Anlehnung an seinen geistesverwandten Vorgänger „Die Walküre“. Die eigenartige Stilvermischung zwischen Text und Musik überläßt dem Regisseur die Wahl, sich für eine Regie im Hochbarockstil oder dem des Klassizismus zu entscheiden. Oberregisseur Otto Brauß hat sich mit Rücksicht auf die dichterische Grundlage, der zufolge dieses Drama eine Ausnahmeleistung unter den Reformoperen Glucks einnimmt, für eine Barockinszenierung entschieden. Der erste Akt wird für die dekorative Ausstattung sorgen. Die musikalische Leitung ruht in den Händen des Generalmusikdirektors Josef Krips, die Länge sind von Harald Fährmann einstudiert. Die Oper wird am Sonntag, den 9. September in Szene gehen.

„Der Landauer verlorene Sohn“, mit dem die diesjährige Spielzeit am Samstag, den 8. September, eröffnet wird und dessen Schicksal als Shakespeare-Drama für Philologen wohl immer eine Streitfrage bleiben wird, atmet so sehr Shakespearischen Geist, daß Menschen mit künstlerischem Gefühl und Empfinden sich jedenfalls schwer entschließen werden, das Urteil eines Bessing und Tied rundweg abzulehnen, die dieses Drama für Shakespeare in Anspruch nehmen. Der große Eindruck, den das Werk bei vorausgegangenen Aufführungen — so jüngst auch in Stuttgart — hinterließ, kann dieses Urteil nur stützen, und, wie immer der Einzelne sich unter der Wirkung der lebendigen Darstellung entscheiden möge, niemand dürfte leugnen können, daß der „Londoner verlorene Sohn“ Zeugnis für eine vom Genius Shakespeares befruchtete, bewunderungswürdige dichterische Kraft ablegt.

Karlsruher Herbsttage 1928

Mit Beginn des Monats September geben die traditionellen „Herbsttage“ der badischen Landeshauptstadt das Gepräge. Immer mehr stellt sich heraus, daß auch dieses Jahr eine Fülle bedeutender Veranstaltungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und sportlichem Gebiete zu erwarten ist. Den Clou bildet das „Richtfest Karlsruhe“, am 6., 7. und 8. Oktober, zu dem in den letzten Wochen zahlreiche Anmeldungen der Geschäftswelt beim Verkehrsverein eingelaufen sind. Mit der Austrahlung der öffentlichen Gebäude in allen Stadtteilen, mit der Festbeleuchtung der Verkaufsgeschäfte, der Illumination der Stadt und dem übrigen reichhaltigen Festprogramm verpricht das Richtfest ein voller Erfolg zu werden. Gleichzeitig findet das dritte Sängerefest des Karlsruher Sängerevereins statt, an dem mehrere tausend Sänger teilnehmen. Das Badische Landes-Theater beteiligt sich an den Herbsttagen mit einigen Erstaufführungen, Neuentdeckungen und mit Symphoniekonzerten, deren Höhepunkt die Aufführung der „Schöpfung“ von Haydn, in der Stadt, Festhalle, am Montag, den 8. Oktober, bildet. Die Badische Kunsthalle zeigt während der Monate Oktober und November in der van Gogh-Ausstellung die berühmte Serie der Gemälde der Sammlung Kröller aus Den Haag, die anderen Kunstinstitute, wie der Badische Kunstverein, der Badische Kunstgewerbeverein u. a. m. bringen Sonderausstellungen von Karlsruher Künstlern. Unter den wirtschaftlichen Ausstellungen und Märkten begegnet die Hauswirtschaftliche Ausstellung „Rüche und Haus“ vom 29. Sept. bis 7. Oktober starkem Interesse.

Der Verbandsausschuß des Verbandes bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe hat seinen langjährigen Beamten, Landwirtschaftsrat Müller, der als landwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Berater, als Schriftleiter landw. Kalender und Zeitung, Mitarbeiter von Zeitungen, in ganz Baden bekannt ist, zum Generalsekretär ernannt.

Weitere Motorräder beschlagnahmt. Gestern wurden neuerlich 18 Motorräder von der Straße weg polizeilich beschlagnahmt, weil sie wegen ruhestörender Geräusche oder belästigender Rauchentwicklung aufgefallen waren.

Wetternachrichtendienst des Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Temperaturen liegen gestern in der Rheinebene bei meist wolkenlosem Wetter bis auf 23 Grad, demnach bereits 3 Grad höher als am Vortage. Auch heute morgen hat nahezu das ganze west- und mitteleuropäische Festland wolkenlosen Himmel, so daß weitere Erwärmung bevorsteht. Da das kontinentale Hochdruckgebiet mit seinem Kern jetzt südlich von uns liegt und inzwischen sehr stabil geworden ist, wird die Schönwetterperiode voraussichtlich noch einige Tage anhalten. — **Wetterausblick für Donnerstag:** Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters mit weiterer Erwärmung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 5. Sept. Am Montag abend versagte in der Zeit von 7 bis 10 Uhr die Gasbeleuchtung auf den Straßen in der Schwelingerstadt und in Neuhofheim. Die Straßen lagen völlig im Dunkeln. Die Ursache war auf Versagen der Druckwelle, welche die Gaslaternen zur Entzündung bringt, zurückzuführen.

Id. Mannheim, 4. Sept. Professor Dr. Blaustein, der erste Syndikus der Handelskammer Mannheim und Professor an der Handelshochschule, feiert am heutigen Tage seinen 50. Geburtstag.

Id. Heidelberg, 5. Sept. In der Zeit vom 26. August bis 1. September wurden wegen verschiedener Verkehrsübertretungen angezeigt: 104 Kraftfahrzeugführer, 36 Motorradfahrer, 30 Radfahrer, 10 Führer von Fuhrwerken. Bei der am Sonntag stattgefundenen verstärkten Motorradkontrolle wurden gegen 50 Motorräder zur technischen Untersuchung wegen verurteiliger Belästigung durch Lärm sichergestellt.

D3. Philippsburg, 5. Sept. Dieser Tage hat man auch hier mit der Tabakernte begonnen. Wenn auch infolge der Trockenheit des Sommers ein geringer Ertrag in Aussicht stand, so hat der Regen in letzter Zeit doch etwas nachgeholfen, so daß man sowohl mit der Qualität wie Quantität zufrieden sein kann. Der Hopfen hat sich in den letzten Wochen noch gut entwickelt, so daß dieses Jahr eine Qualitätsware geerntet wird. Die Quantität wird jedoch gegenüber letztes Jahr ziemlich im Rückstand sein.

D3. Baden-Baden, 4. Sept. Zu den 5. Baden-Badener Automobilherbstsporttagen sind schon eine große Zahl Teilnehmer eingegangen. Einige Klubs haben geschlossen ihre Ankunft mitgebracht, u. a. werden der Automobilklub des Saargebietes und die Saue-Pfalz, Württemberg vertreten sein. Zur Zielfahrt sind bisher schon über 160 Meldungen eingegangen. Für die Straßenzufahrt sind etwa 50 Kennungen vorhanden, für das Bergrennen über 60, für die Ballonbegleitfahrt beinahe ebensoviel. Das Bergrennen findet am Samstag nachmittag auf der bewährten Straße nach Böhlerhöhe statt. Die Ballonbegleitfahrt wird einer der Hauptanziehungspunkte werden. Am Sonntag vormittag startet der 1800 Kubikmeter große Ballon, der neueste der in Deutschland vorhandenen Ballone.

D3. Littenweiler bei Freiburg, 3. Sept. Die älteste deutsche Ärztin, Friedlein Dr. Theissen, vollendet am 7. September ihr 90. Lebensjahr. Ende 1918 wurde sie aus dem Elsaß vertrieben; sie war in Straßburg eine angesehene und gefuchte Ärztin. Vor etwa vier Jahren konnte sie ihr 65jähriges Doktorjubiläum und die 60jährige Wiederkehr des Tages, an dem sie ihre ärztliche Praxis aufgenommen hatte, begehen. Trotz ihrer 90 Jahre ist die Greisin noch sehr rüstig.

D3. Weiter-Fischerbach (Amt Wolfach), 4. Sept. Der Bürgerausschuß beschloß nach längerer Debatte, den 78 Morgen großen Kolnwald vom Fürsten Fürstenberg für 70 000 M. zu kaufen.

Id. Müllheim, 4. Sept. Bei dem auf dem Luginsland errichteten Denkmal des 5. Jägerregiments a. Bf. hat man eine originelle Idee verwirklicht. Es ist ein hübsches Nebhäuschen aufgeführt worden, an dem eine Gedenktafel die Erinnerung an die berittenen 5. Jäger, die in Müllhausen i. E. in Garnison standen, der Radwelt überliefert, auch das Gedenken an den dem Regiment angehörigen Leutnant Mabe, der als erster deutscher Soldat im Weltkrieg fiel, wachhält. Von dem Denkmalplatz aus hat man eine herrliche Fernsicht nach der Rheinebene, zu den Schwarzwaldbergen und nach den Vogesen. Das Denkmal soll noch im Laufe des Monats September eingeweiht werden.

D3. Neuenweg, 3. Sept. Vertreter der Ortsgruppen Basel, Birsach, Schopfheim, Zell i. B., Grenzach, Steinen und Mählburg des Badischen Schwarzwaldbereichs, in deren Besitz sich das am Fuße des Belchen liegende Wanderheim „Belchenblid“ befindet, berieten am Sonntag über den weiteren Ausbau des Heims, das bei starker Beanspruchung nicht mehr ausreicht. Es soll eine Halle angebaut werden. Ein Mitglied der Ortsgruppe Birsach stellt die Forderung hierfür unentgeltlich zur Verfügung.

Id. Birsach, 2. Sept. Die Ruhr-A.-G. Lünningen-Birsach-Stetten hat den Umbau des Gewerkanals von der Lünninger Wiese bis zur schweizerischen Landesgrenze beschlossen. Der Kanal entsprach schon lange nicht mehr den gewünschten Anforderungen; es wird zugleich eine Erweiterung des Kanals vorgenommen, so daß dieser in Zukunft mehr Wasser fassen kann. Bei dieser Gelegenheit soll das so lang gewünschte Schwimmbad nun endlich gebaut werden.

D3. Birsach, 2. Sept. Das Baubudget der schweizerischen Bundesbahnen für das Jahr 1929 enthält u. a. einen Posten für das Projekt zur Doppelspur auf der Basler Verbindungsbahn Basler Bahnhof—Schweizerischer Bundesbahnhof. Bekanntlich war bereits beim Bau des Badischen Bahnhofs darauf Bedacht genommen worden, daß diese wichtigste Bahnverbindung zwischen der Schweiz und dem Ausland eine entsprechende Erweiterung erfahren sollte. Die starke Steigerung des Personen- und Güterverkehrs hat dieses Projekt in letzter Zeit immer dringlicher werden lassen. Vorgesehen ist die Verschiebung der bestehenden Verbindungsbahnbrücke und Erstellung einer zweiten Brücke.

Id. Singen a. S., 2. Sept. Für den Bau des neuen Finanzamtes in Singen haben sich zahlreiche Bewerber eingestellt. Bei der öffentlichen Submission im Bezirksbauamt Konstanz stellte sich heraus, daß das höchste Angebot für die Erd- und Maurerarbeiten 75 000 M. einer Mannheimer Firma war. Das niedrigste 43 000 M. wurde von einer Freiburger Firma abgegeben. Die Angebote der Singener Bauunternehmer betragen 43 800 bis 53 000 M. Für die Eisenbetonarbeiten betrug das höchste Angebot 21 700, während das niedrigste mit 16 500 M. abgegeben wurde.

D3. Waldshut, 2. Sept. Die Kabelleitung für den selbsttätigen Fernsprechanruf zwischen Waldshut und Tiengen ist schon soweit vorgeschritten, daß man die Anlage noch in diesem Jahre in Betrieb zu nehmen hofft.

Id. Konstanz, 3. Sept. Ein österreichischer Soldat, der Funter Bernal aus Wien, machte vor einigen Tagen den Versuch, den Bodensee von Konstanz nach Bregenz zu durchschwimmen. Der erste Versuch mißglückte infolge eines Gewittersturmes und Bernal mußte bei Langenargen diesen aufgeben. Gestern abend 7 Uhr wagte er seinen Versuch von neuem und heute nachmittag 5 Uhr kam er nach 22 Stunden glücklich in Konstanz ans Ziel, obwohl er auch heute noch mit einem starken Ödem und Wellingang zu kämpfen hatte. Bernal kam verhältnismäßig frisch in Konstanz an. Er hat die Leistungen der Amelansschwimmer um ein erhebliches übertraffen, da die Strecke Bregenz—Konstanz einige Kilometer mehr beträgt als jene von Calais—Dover.

D3. Heilbronn, 5. Sept. Durch die seit 1. Juli d. J. bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heilbronn-Stadt errichtete Prüfungsstelle sind laut „Heilbr. Generalanzeiger“ Bewerbungen des Ehegatten der Zahnärztin Dr. Gerhart aufgedeckt worden. Dr. Gerhart wurde daraufhin vorläufig vom Amte enthoben. Ein finanzieller Schaden entfiel der Kasse nicht, da Dr. Gerhart genügende Sicherheiten geleistet hat. Die weitere Unternehmung der Angelegenheit ist eingeleitet. Es handelt sich bei den Veruntreuungen um die Beistellerschaft von Feingold im Betrag von 2200 M. Die Veruntreuungen erstrecken sich auf einen längeren Zeitraum.

Staatsanzeiger

Der bayerischen Landeshaupthilfsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in München wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 3. September 1928.

Der Minister des Innern

J. A.: Dr. A. Jung

Maul- und Klauenwunde

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 1. September 1928 verendet:

Amisbezirke: Karlsruhe: Gemeinden: Weingarten.

Mannheim: Mannheim.

Borsach: Singen.

Rastatt: Rastatt.

Badisches Statistisches Landesamt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

In den Ruhestand versetzt:

Polizeihauptwachmeister Ludwig Fuhr in Mannheim.

DAS DEUTSCHE PARLAMENT

DIE ZUSAMMENSETZUNG

Kamm, Dr. Walther, Abgeordnetenberufe und Parlament. Ein Beitrag zur Soziologie des Parlamentarismus. IV, 68 Seiten. Brosch. 3 RM.

Inhalt: Einleitung und Aufgabe. Zur Methodologie der Arbeit: Material und Auswahl zur Berufsstatistik der Parlamente. Einteilungsgrundsätze. Die Berufsgruppen. Die Abgeordnetenberufe: Landwirte, Kaufleute, Staatsbeamte: Beamte a. D., z. D. Staatsbeamte. Justizbeamte (Advokaten). Lehrer und Gelehrte. Privatbeamte. Schriftsteller und Journalisten. Handwerker. Arbeiter. Angestellte. Der parlamentarische Führer. Zusammenfassende Schlussbemerkung.

DIE KRISE

Die Krisis des deutschen Parlamentarismus. VI, 35 Seiten. Preis 1,30 RM.

Inhalt: Hellpach, Prof. Dr. W. (Heidelberg), Parlamentskrise und die Verfassung von Weimar (Referat) Dohna, Prof. Dr. Graf zu (Bonn), Die Weimarer Reichsverfassung und die Krise des Parlamentarismus (Korreferat)

Lauterbach, A. Die Krisis des Parlamentarismus. (Ethos II, Heft 4/5.) 5,60 RM.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE

Belegung der Stelle eines Gas- und Strommeisters in der Stadt Waldshut betr.

Auf 1. Oktober d. J. ist die Stelle des Gas- und Strommeisters neu zu besetzen. Bewerber mit einwandfreiem Leumund, die a. G. theoretischer Fachausbildung und praktischer Erfahrung zur Übernahme der Leitung des Gaswerks und der Gas- und Stromverorgungsanlagen geeignet erscheinen, wollen Bewerbungschriften mit eigenhändig geschriebenen Lebenslauf, Leumundzeugnis, Ausbildungs- und Beschäftigungsnachweisen bis 15. d. M. unter obigem Betreff dem Unterzeichneten einreichen. Anstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis; Vergütung nach Vereinbarung. Waldshut, den 3. September 1928. 5.875

Der Bürgermeister:

gez. Dr. Trautmann

Brennholzverfeigerung

des badischen Forstamts Wolfach aus Staatswald Ergenzach und Hechtberg am Samstag, den 8. September, nachmittags 3 Uhr, im Bahnhofshotel in Hausach: 529 Ster meist schalene. R.681

5,20 km Gleisumbau der Strecke Freiburg—Basel zwischen den Bahnhöfen Ergenzach—München u. Haltingen nach der Verbindungsordnung für Bauleistungen Ausgabe 1926 zu vergeben. Bedingnisheft und Angebotsordrude liegen bei dem Reichsbahn-

Bauamt und Bahnmeisterei Weil-Reppoldsbüchel auf.

Angebote längstens bis zum Eröffnungstermin 11. September 1928, 11¹/₂ Uhr, mit Aufschrift Gleisumbau einreichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen. Reichsbahn-Bauamt Basel, 3. Sept. 1928.

Colosseum

Täglich abends 8 Uhr Sonntags 4 und 8 Uhr die

Berliner Neubach-

REVUE

Ohne Kleid—

tut mir leid!

30 Bilder

Prachtausstattung

906